



Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit

Andrea Voßhoff

Bundesbeauftragte für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit

POSTANSCHRIFT Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit,
Postfach 1468, 53004 Bonn

An die
Vorsitzende des Ausschusses für
Recht und Verbraucherschutz
des Deutschen Bundestages
Frau Renate Künast, MdB

mit der Bitte um Weiterleitung an die
Mitglieder

und die
Obleute des Rechtsausschusses und
rechtspolitischen Sprecher der Frakti-
onen
des Deutschen Bundestages

Frau Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB
Herrn Dr. Stephan Harbarth, MdB
Herrn Dr. Johannes Fechner, MdB
Herrn Harald Petzold, MdB
Frau Halina Wawzyniak, MdB
Frau Katja Keul, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Husarenstraße 30, 53117 Bonn
VERBINDUNGSBÜRO Friedrichstraße 50, 10117 Berlin

TELEFON (0228) 997799-100
TELEFAX (0228) 997799-550
E-MAIL arbeitsgruppe22@bfdi.bund.de

INTERNET www.datenschutz.bund.de

DATUM Bonn, 29.05.2017
GESCHÄFTSZ. **22-221-1/004#0165**

Bitte geben Sie das vorstehende Geschäftszeichen bei
allen Antwortschreiben unbedingt an.

**BETREFF Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs, des Ju-
gendgerichtsgesetzes, der Strafprozessordnung und weiterer Gesetze**
**HIER BT-Drs. Drucksache 18/11272 und Formulierungshilfe mit Änderungsantrag zur
Einführung einer Quellen-Telekommunikationsüberwachung und einer Online-
Durchsuchung in der Strafprozessordnung, A-Drs. 18(6)334**
BEZUG Öffentliche Anhörung am 31.05.2017



SEITE 2 VON 2

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

beiliegend übersende ich Ihnen meine Stellungnahme zu dem oben genannten Gesetzentwurf.

Leider hat es das BMJV unterlassen, mich zu dem mit der Formulierungshilfe eingereichten Änderungsantrag zur Einführung einer Quellen-Telekommunikationsüberwachung und einer Online-Durchsuchung in der Strafprozessordnung zu beteiligen (Ausschussdrucksache 18(6)334 v.15. Mai 2017). Von dem Vorhaben habe ich erst am 17. Mai 2017 durch Medienberichte erfahren. Angesichts der erheblichen datenschutzrechtlichen und verfassungsrechtlichen Bedeutung des Vorhabens ist für mich diese Verfahrensweise nicht nachvollziehbar.

Wegen der kurzen Zeitspanne, die mir für die Prüfung zur Verfügung stand, muss ich mich leider auf einige wenige Eckpunkte beschränken.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andrea Voßhoff